

Pressedienst

„Lehrkräfte fühlen sich hilflos und vermissen Rückendeckung durch die Schulaufsicht“



(12.02.2020) Die Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, die heute vom dbb Hessen vorgestellt wurde, zeigt nicht nur das enorme Ausmaß an Gewalt gegen verschiedene Berufsgruppen, sondern ein mit Blick auf die Lehrerschaft weiteres erschreckendes Ergebnis: Die Gewalt, die Lehrkräfte erleben, hat fast nie eine Anzeige zur Folge.

„Die meisten Lehrkräfte verzichten darauf, Beleidigungen, Bedrohungen oder körperliche Angriffe bei der Schulleitung zu melden, weil sie sich davon nichts versprechen“, weiß Stefan Wesselmann, der Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Hessen, aus Erfahrung.

Hürden bei der Verfolgung von Gewalt

Hinzu kommt die Scham über die erlebte Erniedrigung. „Solche Erfahrungen teilt man nicht gerne mit Vorgesetzten“, sagt Wesselmann mit Verständnis für betroffene Kolleginnen und Kollegen. Das bedeutet: Bei der Verfolgung von Gewaltvorfällen sind die Lehrkräfte selbst die erste „Hürde“.

Die zweite Hürde ist die Schulleitung: Manche spielen die Vorfälle herunter, aus Sorge, den Ruf der Schule zu schädigen oder weil sie den bürokratischen Aufwand oder Ärger mit den Eltern des gewalttätigen Schülers scheuen.

Die nächste Hürde ist die Schulaufsicht. „Spätestens wenn Familien mit dem Anwalt drohen, knicken die zuständigen Personen häufig ein“, kritisiert Wesselmann. „Statt dass die Lehrkräfte Rückendeckung erfahren, wird ihnen zum Beispiel bei Beleidigungen noch gesagt: Sie sind eine Person der Öffentlichkeit, da müssen Sie sich auch mehr Kritik gefallen lassen.“

Täter sind oft noch nicht strafmündig

Bereits 2016 hatte eine forsa-Umfrage unter Lehrkräften im Auftrag des VBE ergeben, dass Gewalterfahrungen für Lehrer/innen alltäglich geworden sind (<https://www.vbe.de/themen/gewalt-gegen-lehrkraefte>). Seitdem hat sich leider nichts verändert: Die Schulaufsicht stellt sich oft nicht schützend vor die Lehrkräfte, sondern versteckt sich hinter ihnen. Dies gilt besonders in den vielen Fällen, wenn die Täter noch nicht strafmündig sind und ohnehin nur schulische Ordnungsmaßnahmen ergriffen werden können. „Wenn diese Maßnahmen dann auch noch von der Schulaufsicht zurückgenommen werden, wundert es nicht, dass sich Lehrkräfte hilflos und allein gelassen fühlen“, kommentiert Wesselmann.

Keine Akzeptanz für rohe Umgangsformen

Der VBE wehrt sich vehement dagegen, die Verrohung der Umgangsformen als gegeben hinzunehmen und hat daher bereits vor geraumer Zeit das Manifest „Haltung zählt“ unterzeichnet

(<https://www.bliv.de/themen/weitere-themen/haltung-zaehlt/vbe-unterstuetzt-den-aufruf-des-bliv-gegen-verrohung-der-sprache>).

Mit Blick auf strafrechtlich relevante Vorfälle von Gewalt macht der VBE-Landesvorsitzende Wesselmann deutlich: „Wir wünschen uns, dass der Gesetzgeber die Gewalt gegen Lehrkräfte als Angriffe gegen den Staat anerkennt, genauso wie Gewalt gegen Polizisten.“

Den Worten von Schwarz-Grün müssen Taten folgen

Im Koalitionsvertrag hat die schwarz-grüne Regierung zugesichert, sich „vor all diejenigen zu stellen, die tagtäglich für unsere Gesellschaft eintreten“. „Doch diese Aussage bleibt ein Lippenbekenntnis, solange nicht Präventionsarbeit geleistet und konkrete Hilfsangebote gemacht werden“, kommentiert Wesselmann. Denn egal ob verbale, psychische oder körperliche Gewalt geschehen ist – sie hat immer seelische Folgen.

Um die oben beschriebenen Hürden abzubauen, fordert der VBE Hessen daher – in Einklang mit dem VBE-Bundesverband –, dass Gewaltvorfälle verpflichtend dokumentiert und Statistiken geführt werden. Außerdem muss mit adäquaten Maßnahmen reagiert werden. Dazu gehört, zur Unterstützung der Lehrkräfte die multiprofessionellen Teams an Schulen weiter auszubauen, Ansprechpartner/innen und Hilfsangebote für die Lehrkräfte bereit zu stellen (u.a. Schulpsychologen/innen, Polizei) und den Schulen Leitlinien an die Hand zu geben, welche Schritte sie nach einem Gewaltvorfall zu gehen haben. „Kurzum: Die Lehrkräfte müssen die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten“, bringt Stefan Wesselmann die Forderungen auf den Punkt.